

## **ANFRAGE**

der Abgeordneten Birgit Sandler, Genossinnen und Genossen

an die Bundesministerin für Frauen, Familien und Jugend

### **betreffend Einsparungen und Kürzungen bei Familienberatungsstellen**

Im Zuge der Budgetkonsolidierung waren für die Jahre 2018/2019 Kürzungen in der Höhe von einer Million Euro bei den Familienberatungsstellen geplant. Schon damals brachte die SPÖ einen Antrag (195/A(E)) ein, welcher die Bundesregierung aufforderte, von der im BFG 2018/2019 geplanten Budgetkürzung der Familienberatung abzusehen und dafür zu sorgen, dass eine umfassende, psychosoziale Versorgung sichergestellt ist.

Umso erfreulicher ist es nun, dass die Familienberatungsstellen die vertraglich vereinbarte Fördersumme durch Budgetumschichtungen doch bekommen sollen. Die Gesamtsumme, sowie weitere wichtige Details wurden jedoch noch nicht bekanntgegeben.<sup>1</sup>

Im Familienberatungsförderungsgesetz hat sich der Bund verpflichtet, professionelle Familienberatung zu fördern. Familienberatungsstellen haben sich deshalb Rechtssicherheit verdient.

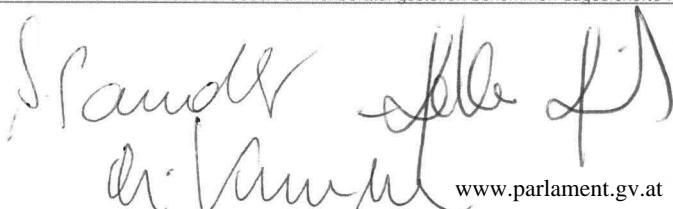
**Daher richten die unterfertigten Abgeordneten an die Bundesministerin für Frauen, Familien und Jugend folgende**

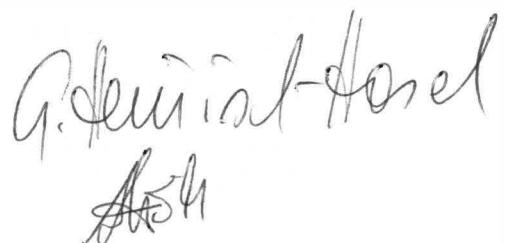
### **Anfrage:**

1. Mit welcher Gesamtsumme werden die Familienberatungsstellen unterstützt?
2. Aus welchen Budgetumschichtungen setzt sich diese Gesamtsumme auseinander?
3. Welche Familienberatungsstellen werden finanziell unterstützt?
4. Wie werden sich die Mittel für Familienberatungsstellen in den Jahren 2018 und 2019 auf die einzelnen Beratungsstellen aufteilen?
5. Wann werden die betroffenen Beratungsstellen über die genauen Fördersummen informiert?
6. Gibt es konkrete Pläne für die kommenden Jahre um den Einrichtungen Planungssicherheit garantieren zu können und um einer solchen Unsicherheit, wie sie heuer aufgekommen ist, entgegenzuwirken?
7. Wie soll eine umfassende, psychosoziale Versorgung, bei zunehmend steigendem Bedarf an professioneller Beratung, in Zukunft sichergestellt werden?

---

<sup>1</sup> <https://derstandard.at/2000090975590/Familienberatungsstellen-bekommen-zugesicherte-Mittel>

  
Birgit Sandler  
www.parlament.gov.at

  
Agnes Künast-Hösel  
AKH

